

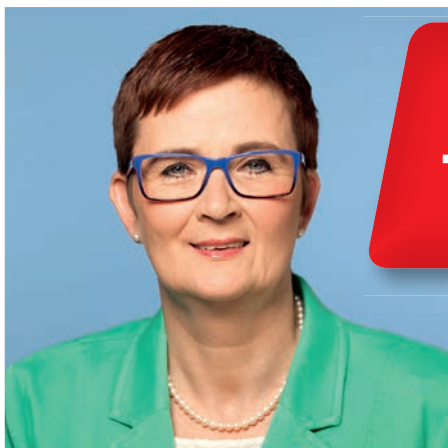
Blickpunkt Europa

Europapolitisches Magazin

Ausgabe 21 | Juli 2016

S&D

Fraktion der Progressiven Allianz der
Sozialdemokraten
im Europäischen Parlament



Zusammenarbeit mit der Türkei in der Flüchtlingsfrage

Liebe Leserin, lieber Leser,

gerne präsentiere ich Ihnen die Sommer-Ausgabe meines Infomagazins „Blickpunkt Europa“. Ich beginne mit Einschätzungen zum „Flüchtlingsdeal“ der EU-Staaten mit der Türkei, den Problemen und offenen Fragen. Des Weiteren geht es um das europäische Datenschutzpaket sowie um das Positionspapier meiner Fraktion zu Rechten von LGBTI-Personen (Lesben, Schwule, Bisexuelle, Transgender und Intrasexuelle). Als i-Tüpfelchen finden Sie auch einen kurzen Bericht über meine persönliche Erfahrung mit den besonderen Verbreitungsmöglichkeiten digitaler Medien.

Traditionell berichte ich über Besuchergruppen in Straßburg und Brüssel sowie über Termine vor Ort, im Europäischen Parlament und darüber hinaus.

Ich wünsche Ihnen eine spannende Lektüre!

Herzliche Grüße

Ihre Birgit Sippel

Um welchen Preis?

Ende März haben die europäischen Staats- und Regierungschefs einen Deal mit der türkischen Regierung geschlossen, in dem es in erster Linie darum geht, die europäische Grenze zwischen Griechenland und der Türkei zu schließen. In der Erklärung vom 18. März hat sich die Türkei verpflichtet, alle irregulären Migrant*innen, die über die Türkei nach Griechenland gelangen, zurückzunehmen. Im Gegenzug erhält sie von der EU bis Ende 2018 zwei Mal 3 Milliarden Euro für die Unterbringung und Versorgung von Schutzbedürftigen vor Ort.

Die direkten Auswirkungen des EU-Türkei-Deals sind nicht zu übersehen: zwar ist die Zahl der über die Türkei einreisenden Flüchtlinge massiv gesunken. Gleichzeitig kommen aber wieder verstärkt Schutzsuchende über die noch gefährlichere zentrale Mittelmeerroute. Dabei sind vor wenigen Wochen (Anmerkung: Zeitangabe hängt von Veröffentlichungsdatum ab) erneut rund 700 Menschen ums Leben gekommen. Die Türkei riegelt die Grenze zu Syrien verstärkt ab. Inzwischen sind dort nach Angaben der Hilfsorganisation Ärzte ohne Grenzen bis zu 100.000 Menschen eingeschlossen zwischen IS und Grenzanlage. Zudem gibt es Berichte, nach denen die Türkei an der Grenze nun auch Selbstschussanlagen installiert. Von der insgesamt angespannten politischen Lage in der Türkei gar nicht zu reden.

Als Innenpolitikerin sehe ich durchaus die Sinnhaftigkeit, mit der Türkei als Transit-



staat in der Flüchtlingsfrage zusammenzuarbeiten. Allerdings darf diese Zusammenarbeit nicht um jeden Preis geschehen. Wir dürfen für „sichere“ Grenzen nicht sämtliche Grundrechtsbedenken über Bord werfen. Zum einen ist die Grenzschließung der Türkei mit Syrien unverantwortlich. Damit die Türkei aber mit einem erneuten Zustrom an Flüchtlingen nicht komplett überfordert wird, müssen die EU-Mitgliedstaaten im Gegenzug zu einer erneuten Grenzöffnung Schutzsuchende auf legalen Wegen, etwa durch direkte Aufnahme aus den Lagern in der Türkei aufnehmen. Nur so können wir vermeiden, dass noch mehr Menschen bei der Überfahrt übers Mittelmeer ihr Leben verlieren. Grundsätzlich kann auch die Visaliberalisierung mit der Türkei einen positiven Anreiz schaffen, damit diese sich bei der Flüchtlingsfrage weiterhin engagiert. Allerdings dürfen wir auch da keine politischen Rabatte geben. Eine Befreiung von der Visumpflicht kann es erst geben, wenn die Türkei alle Kriterien erfüllt hat.

Europäischer Datenschutz – neues Kapitel

Bürgern die Kontrolle über ihr digitales Leben zurückgeben

Geschafft! Am 14. April 2016 hat das Europäische Parlament mit seinem positiven Votum zum EU-Datenschutzpaket die jahrelangen Verhandlungen um mehr Datenschutzrechte endgültig unter Dach und Fach gebracht. Ob beim Online-Banking, beim Versenden einer E-Mail oder bei der Nutzung sozialer Netzwerke – jeder von uns hinterlässt täglich einen digitalen Fußabdruck. Der Schutz dieser Daten ist das Grundrecht jedes EU-Bürgers, in der Praxis waren die EU-Regeln dafür jedoch völlig veraltet und daher unzureichend. Deshalb hat die EU-Kommission im Januar 2012 ihren Vorschlag für eine Datenschutzreform – eine allgemeine Verordnung und eine Richtlinie für den Bereich Polizei und Justiz – vorgelegt.

Das Lobby-Interesse an diesem Dossier war riesig – sicher einer der Gründe, warum der Annahme im Plenum mehr als vier Jahre zähen Ringens vorausgegangen waren. Für mich war aber stets klar: Wir dürfen Grundrechte nicht auf dem Altar kom-

merzieller Interessen opfern! Im Ergebnis können wir als Sozialdemokraten zufrieden mit den neuen Regelungen sein: Wir werden mit der neuen Datenschutz-Verordnung die Rechte der Verbraucherinnen und Verbraucher in Europa stärken, etwa



durch strenge Regeln zur Einwilligung in die Datenverarbeitung und bessere Informations- und Löschungsrechte. Auch das sogenannte Marktortprinzip ist eine Revolution für den Verbraucherschutz. Demnach soll demnächst egal sein, ob ein Unternehmen seinen Sitz innerhalb oder außerhalb der EU hat: Der Verbraucher kann sich immer auf EU-Recht berufen. Wichtig waren uns zudem hohe Strafen für Datenschutzsünder: Künftig können diese bis zu vier Prozent des jährlichen Jahresumsatzes

eines Unternehmens betragen – nur so können wir dem Recht auf Datenschutz auch in der Praxis Geltung verschaffen.

Parallel zu der Datenschutz-Verordnung wurde eine Richtlinie zum Datenschutz in der Strafverfolgung verhandelt. Diese wird den Flickenteppich der bisherigen nationalen Regelungen in der EU ersetzen. Mir war es wichtig, strenge Regeln für den Zugriff von Strafverfolgungsbehörden auf personenbezogene Daten zu schaffen. Das Prinzip der Unschuldsvermutung darf nicht unterlaufen werden – auch und insbesondere in Zeiten zunehmender sicherheitspolitischer Maßnahmen nach den terroristischen Anschlägen in Paris und Brüssel. Die Daten von Beschuldigten, wie auch die von Opfern und Zeugen, müssen deshalb adäquat geschützt werden, und zwar während strafrechtlicher Ermittlungen sowie auch nach einem möglichen Urteil.

Mein persönliches Fazit: Auch wenn ich mir an einigen Stellen noch stärkere Formulierungen gewünscht hätte – Der gefundene Kompromiss ist ein Meilenstein für den Grundrechtsschutz in der EU und ein weiterer Beleg dafür, dass wir gemeinsam das Leben unserer mehr als 500 Millionen Bürger verbessern können.

Besucher im Parlament

Schon Ende 2015 standen viele Besuchergruppen – sowohl aus meinem Betreuungsgebiet wie auch darüber hinaus – „in den Startlöchern“, um mich in 2016 im Europaparlament in Brüssel und Straßburg zu besuchen. Zu meiner großen Freude empfing ich mehrere Schüler- und Jugendgruppen. So kam im Januar das Lessing-Gymnasium aus Düsseldorf, im Februar und im April die „Europe Direct“-Gruppen aus Hagen. Die Schülerinnen und Schüler der Hannah-Arendt-Gesamtschule aus Soest besuchten mich Anfang März und die „Fachhochschule Südwestfalen“ aus Hagen kam als die bislang „internationalste“ Gruppe mit Teilnehmenden aus Russland, China, Niederlanden, Deutschland, Indonesien und der Schweiz im April für ein Gespräch nach Brüssel.

Auch Bürgerinnen und Bürger ließen es sich nicht nehmen, dem Pulsschlag der Europäischen Union zu lauschen. Die AG 60plus aus Bad Sassendorf und der SPD-Ortsverein Rütten-Drewer besuchten mich Anfang März in Straßburg (Bild). Ende Mai kam die AG 60Plus des Kreisverbandes Herford nach Brüssel, um über aktuelle europäische Themen zu diskutieren.



Ende Juni erwarte ich die Schülerinnen und Schüler des August-Griese-Berufskollegs aus Löhne in Brüssel und die SchülerInnen des Aldegrever-Gymnasiums Soest besuchen mich im September im Europäischen Parlament in Straßburg.

Im November biete ich eine weitere Besucherfahrt für Bürgerinnen und Bürger aus dem Kreis Siegen-Wittgenstein nach Straßburg an. Hier stehen allerdings nur noch wenige freie Plätze zur Verfügung.

Positionspapier der S&D-Fraktion zu den Rechten von LGBTI-Personen

Die EU-Grundrechtecharta schützt ausdrücklich die Würde des Menschen, sein Recht auf Leben und Unversehrtheit, seine Gleichheit vor dem Gesetz und auch den Schutz vor Diskriminierung – gerade auch für Minderheiten und im Hinblick auf Geschlecht, sexuelle Orientierung und sexuelle Identität. Dennoch zeigen EU-weit durchgeführte Studien, dass sich gerade viele LGBTI-Personen täglich Diskriminierungen in der Schule, bei der Arbeit, der Wohnungssuche, aber auch beim Zugang zu Bildung, sozialen Diensten oder medizinischer Versorgung ausgesetzt sehen. Viel zu oft werden sie sogar Opfer von Gewalt. LGBTI? Was bedeutet das? Diese Abkürzung aus dem englischen Sprachraum steht für Lesbian, Gay, Bisexual, Transgender und Intersexual – also Lesben, Schwule, Bisexuelle, Transgender und Intrasexuelle. Menschen, die durch ihre sexuelle Orientierung, ihre eigene Geschlechtsidentität oder durch körperliche Geschlechtsvariationen nicht dem „traditionellen Rollenbild“ entsprechen.

Vor diesem Hintergrund hat die sozialdemokratische S&D-Fraktion im Mai dieses Jahres ein Positionspapier zu den Rechten von LGBTI-Personen verabschiedet. Darin fordern wir einerseits die vollständige Umsetzung aller für LGBTI-Personen relevanter EU-Regeln, die ihren Schutz vor Diskriminierung und Verhetzung sicherstellen (u. a. die Richtlinie zur Gleichbehandlung von Männern und Frauen beim Zugang zu und bei der Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen oder auch die Richtlinie zum Schutz von Opferrechten). Bei Verstößen in den Mitgliedstaaten muss die EU-Kommission konsequent durchgreifen. Gleichzeitig fordern wir, bestehende Rechtslücken endlich zu schließen; auch für LGBTI-Personen müssen endlich die gleichen Rechte, Pflichten und Möglichkeiten gelten, wie für alle anderen EU-Bürger auch. Dafür könnte unter anderem die Verabschiedung der Gleichbehandlungsrichtlinie eine wichtige Rolle spielen; die Verhandlungen hierzu stocken aber seit Jahren im Rat, während das Parlament schon lange seine Position verabschiedet hat.

Familienrecht liegt nach wie vor im Kompetenzbereich der Mitgliedstaaten: Es

ist jedoch inakzeptabel, dass die Rechte und Pflichten, die LGBTI-Personen in einem Mitgliedstaat durch eine Eheschließung oder die Adoption eines Kindes erhalten haben, plötzlich in einem anderen Mitgliedstaat nicht mehr gelten; das verbietet schon allein das Recht auf Freizügigkeit, eines der Grundprinzipien der EU. Die gegenseitige Anerkennung von Personenstandsunterlagen muss daher auch für LGBTI-Personen gelten. Genauso wenig hinnehmbar ist, dass Menschen gehindert werden, ihr Geschlecht zu ändern oder gar als psychisch krank abgestempelt werden. Neben der EU-Gesetzgebung sind aber gerade auch Bildungsprogramme, die Medien oder Sensibilisierungskampagnen wichtige Mittel, um aktiv gegen Vorurteile und die Diskriminierung von LGBTI einzutreten.

Schließlich muss sich die EU auch in ihrer Außenpolitik stärker für den Schutz von LGBTI-Rechten einsetzen. Dies wird nicht zuletzt bei der derzeitigen Flüchtlingssituation deutlich. Einige suchen wegen



Verfolgung aufgrund ihrer sexuellen Orientierung oder Identität bei uns Schutz. Handelsabkommen, Abkommen über polizeiliche Zusammenarbeit mit Drittstaaten, sowie geplante Visa-Liberalisierungen mit Drittstaaten müssen die Rechte und Interessen von LGBTI deutlich stärker berücksichtigen.

Unversehrtheit, Gleichheit und der Schutz vor Diskriminierung – europäische Grundprinzipien, die für alle gelten müssen, ganz unabhängig von sexueller Orientierung und Identität.



Dialog digital – Danke!

Über die Wirkungskraft sozialer Medien wie Youtube, Twitter und Facebook wurde schon viel geschrieben. Einfache Videos oder auch sogenannte „Selfies“ können dank der neuen Medien innerhalb kürzester Zeit geteilt, „geliked“ und verbreitet werden und erreichen so schnell ein großes Publikum.

Auch ich konnte dieses Phänomen vor Kurzem erleben – zu meiner großen Freude mit sehr vielen positiven Reaktionen. Eine Rede, die ich Anfang Februar während einer Debatte zur aktuellen Flüchtlingssituation im Straßburger Plenarsaal gehalten und

anschließend, wie immer, auf meiner Facebook-Seite und meinem Youtube-Kanal – www.youtube.com/birgitsippel – geteilt habe, entwickelte plötzlich eine für mich überwältigende Resonanz.

Für die vielen positiven Reaktionen möchte ich mich an dieser Stelle herzlich bedanken! Es war eine gute Erfahrung, dass trotz der derzeit so oft zu hörenden rechten Parolen einiger Weniger sich weiterhin viele Menschen für unsere demokratischen Werte und Ziele stark machen.

Ganz grundsätzlich schätze ich die Möglichkeit, so ergänzend zu Veranstaltungen in einen Dialog mit vielen sehr unterschiedlichen Menschen eintreten zu können bzw. Rückmeldungen zu meiner Arbeit und meine Positionen zu erhalten. Deshalb: danke für viele Kommentare, Nachrichten, Meinungen.

Termine im Europäischen Parlament und vor Ort

Ob Parlament oder vor Ort – die Palette der Themen und Gesprächspartner ist bunt. In Brüssel hatte ich u. a. Gespräche mit Vertretern der niederländischen Ratspräsidentschaft, dem griechischen Integrationsminister, slowakischen Journalisten und deutschen Kriminalbeamten. Außerdem war ich mit meinem Ausschuss in Griechenland, um Eindrücke aus den Flüchtlingscamps zu gewinnen.

Vor Ort startete ich mit Terminen in Südwestfalen, etwa beim Jahresempfang der Gemeinde Bestwig, der SPD Warstein und des SPD-Unterbezirks Soest, dem Empfang Neheimer Vereine sowie einem Pressefrühstück bei „Haus und Grund Neheim-Hüsten e. V.“. Die Ratsfraktion Burbach lud mich zu einem politischen Frühstück ein, in Kreuztal sprach ich auf einer Abendveranstaltung, und zusammen mit dem SPD-Ortsverein „Altes Testament“ feierte ich im Juni sein 50-jähriges Jubiläum in Sundern-Altenhellefeld.

Im Fokus dieser und weiterer Veranstaltungen stand die Flüchtlingspolitik, Fragen zur Zukunft der EU sowie soziale und demokratische Herausforderungen vor Ort. Das zeigte sich bei einer Veranstaltung mit meinem Kollegen Bernd Lange in Hannover



ebenso wie bei der IG Metall in Wolfsburg oder einer sehr engagierten Diskussion in Bergisch-Gladbach. Der Kongress der Europäischen Agentur für Grundrechte in Wien stellte das Thema „Rechte, Respekt, Realität: die Europäischen Werte in der heutigen Welt“ in den Vordergrund.

Gespräche mit Jugendlichen bereiten mir immer eine große Freude. So folgte ich der Einladung des Ems-Berufskollegs für Wirtschaft und Verwaltung in Rheda-Wiedenbrück zum Planspiel zum Thema „Einwanderungs- und Asylpolitik“ im Februar. Während der „Europawoche“ im Mai besuchte ich das Mariengymnasium Werl und den Friedrich-List-Berufskolleg in Herford. Im Juni besuchte ich Schülerinnen und Schüler des Gymnasiums der Stadt Meschede und führte eine Diskussion mit angehenden deutschen Kriminalbeamten beim „Junge Kripo Camp“ in Möhnesee-Wamel.

Besonders gerne habe ich die Schirmherrschaft für die Auftaktveranstaltung der Aktionswoche „Für eine Zukunft nach Tschernobyl und Fukushima“ in Soest übernommen. Die engagierten Veranstalter wurden mit großem Interesse belohnt und stellten anschaulich die Folgen solcher Katastrophen dar. Daneben unterstreichen auch aktuelle Störfälle wie etwa in Tihange die Notwendigkeit des Ausstiegs aus der Atomenergie und Gestaltung der Energiewende.

Impressum

Verantwortlich

Birgit Sippel MdEP · Ulricherstraße 26 · 59494 Soest
Telefon: 02921 364738 · europa@birgit-sippel.de · www.birgit-sippel.de
www.facebook.com/BirgitSippel · www.twitter.com/BirgitSippelMEP

Redaktion

Europabüro Birgit Sippel

Satz

ensemble»design, Soest/München

Fotos

Europabüro Birgit Sippel · European Parliament / Audiovisual Services for Media
www.istockphoto.de (olaser, rvlsoft, weerapatkiatdumrong) · www.fotolia.de (sergign)

